

HANS COPPI

Die nationalsozialistischen Bäume im sozialdemokratischen Wald. Die KPD im antifaschistischen Zweifrontenkrieg (Teil 1)

Eine bedrohlich anwachsende rechtsextreme Szene, deren nationalistische und rassistische Parolen unter der Bevölkerung und vor allem unter Jugendlichen im Osten Deutschlands eine zunehmende Akzeptanz finden, stellt die Frage nach wirksamen demokratischen Gegenstrategien. Unterschiedliche Ansätze und Methoden werden gegenwärtig diskutiert und praktiziert.

Ein historischer Rückblick auf Reaktionen und Gegenstrategien der unterschiedlichen Linken auf den Vormarsch der Nazis bis zum Jahre 1933 verdeutlicht die Schwierigkeiten und auch die verfehltete Strategie im Umgang mit einer sich schnell ausbreitenden faschistischen Bewegung.

Nach der Konterrevolution und dem weißen Terror in Ungarn im Jahre 1919 sowie nach Mussolinis Machteroberung in Italien beschäftigte sich im Juni 1923 die Komintern erstmals mit dem neuen faschistischen Phänomen. Clara Zetkin warf die Frage auf, wie eine so urplötzlich aufsteigende militante Massenbewegung politisch und ideologisch, aber auch militärisch niedergedrungen werden könnte. Sie verwies auf die verführerische Wirkung revolutionärer faschistischer Losungen und damit unausgesprochen auf die hier entstehende Konkurrenz für die neuen kommunistischen Parteien. Sie plädierte dafür, die sozialen Schichten, die dem Faschismus verfallen waren, zu gewinnen, sie entweder in die kommunistische Kampffront einzugliedern oder sie zumindest zu neutralisieren, die bürgerliche Intelligenz einbegreifen. Darauf mußten nunmehr die Methoden der kommunistischen Agitation und Propaganda eingestellt und ein wehrhafter Selbstschutz gegenüber faschistischem Terror entwickelt werden. Eine proletarische Einheitsfront sollte den Faschismus als höchste und letzte Form von Klassenherrschaft überwinden und zugleich den Weg frei machen für die Errichtung einer proletarischen Räterediktatur.¹ Der Vertreter der Bolschewiki im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI), Karl Radek, nahm den passiven Widerstand der Deutschen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen zum Anlaß, im »Ruhrkampf« nach Verbündeten auch im Lager der Nationalisten zu suchen. Er stellte den deutschen Kommunisten in seiner berühmten »Schlageter-Rede«² die Aufgabe, im politischen Kampf gegen den Faschismus die nationale Frage aufzuwerfen und sich den Weg zu den tiefleidenden, innerlich zerrissenen, suchenden Massen Deutschlands

Hans Coppi – Jg. 1942, Historiker, Berlin. Veröffentlichungen zum Antifaschismus, zur Widerstandsgeschichte, »Rote Kapelle«. Im Oktober 1998 erscheint ein mit Susanne Römer herausgegebener Reprint der Zeitschrift »Aufbruch« (1931-1933) unter dem Titel: »Aufbruch im Spannungsfeld von Nationalismus und Kommunismus - eine Zeitschrift für Grenzgänger« mit einer Einführung und einem Namensregister beim Verlag Fölbach in Koblenz.

1 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923. Berlin 1960, S. 723, 726, 727.

2 Siehe Karl Radek: Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts, in: Karl Otto

Paetel: Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des Nationalbolschewismus, Göttingen 1965, S. 275ff. Leo Schlageter, Angehöriger eines Freikorps hatte im März 1923 bei Hamborn eine Brücke gesprengt und wurde von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und erschossen. Die Nationalsozialisten betrachteten Schlageter als ihren Märtyrer.

3 W.I. Lenin: Werke, Band 31, Berlin 1959, S. 445.

4 J.W. Stalin: Werke, Band 6, Berlin 1952, S. 252. Sinowjew hatte im Januar 1924 die Position vertreten, daß die internationale Sozialdemokratie einen Flügel des Faschismus darstelle.

5 Diese Auffassung variiert in Artikeln der »Internationale«, und in der »Kommunistischen Internationale« (im weiteren Kl). Sozialdemokratische Erklärungsmuster gingen von ähnlichen theoretischen Ansätzen aus. Siehe Wolfram Pyta: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989. Ferner: Wolfgang Wippermann: Zur Analyse des Faschismus. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Faschismustheorien, Frankfurt am Main 1981.

zu bahnen. Damit leitete Radek den »Schlageter-Kurs« der KPD ein. In Diskussionszirkeln trafen sich während der Besetzung des Ruhrgebietes Kommunisten und Nationalsozialisten, um gemeinsam den Kampf gegen die französische Okkupation zu führen. Karl Radek gab im Juli 1923 eine Broschüre heraus, in der er, Graf von Reventlow von den Nationalsozialisten und der nationalkonservative Arthur Möller van den Bruck nationalbolschewistische Perspektiven erörterten. Radeks Versuch, vor allem nationalistisch eingestellte Intellektuelle zu erreichen, war noch von Lenins unrichtiger Feststellung mitgeprägt, daß Deutschland unter den Bedingungen des Versailler Vertrages kaum existieren könne.³ Dabei verkannte Radek, wie unversöhnlich der Antikommunismus in den Reihen der deutschen Rechtsextremisten war. Der nationalbolschewistische Ausflug dauerte nur wenige Monate und wurde Ende 1923 von der Komintern beendet. Die nationalsozialistische Bewegung verlor Mitte der zwanziger Jahre an Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung in Deutschland.

Der Hauptfeind: Sozialfaschismus

1924, auf dem V. Weltkongreß der Komintern, wurden Faschismus und Sozialdemokratie als die beiden Seiten ein und desselben Werkzeuges der »großkapitalistischen Diktatur« gemeinsam auf eine Stufe gestellt. Für Stalin ergänzten sich sozialdemokratische und faschistische Organisationen wie »Zwillingsbrüder«.⁴ Auf eine rationale Analyse des nun kreierte Kampfbegriffs vom »Sozialfaschismus« wurde weitgehend verzichtet. Er stand in Kontinuität zum noch von Lenin geprägten »Sozialchauvinismus«. Damit waren rechte Sozialdemokraten im Ersten Weltkrieg bezeichnet worden, die sich für die Fortsetzung des Krieges ausgesprochen hatten.

Die Komintern deutete den Faschismus als terroristische Form kapitalistischer Herrschaft und als offene Diktatur reaktionärster Gruppen des Monopol- und Finanzkapitals. Sie betrachtete die NSDAP als Teil eines umfassenderen »nationalfaschistischen« Spektrums (Bezeichnung für Anhänger der NSDAP, aber auch des Stahlhelms und anderer rechtsstehender Organisationen), jedoch nicht im Sinne einer eigenständigen politischen Bewegung. Der Gehalt ihrer dürftigen programmatischen Aussagen stand im Gegensatz zu ihrer wachsenden populistischen Attraktivität. Die »braunen Kolonnen« galten im marxistischen Erklärungsansatz als »Schutztruppe für die Diktatur der Bourgeoisie, für das Unternehmertum«, quasi als eine vom Kapital gesteuerte Vorfeldorganisation.⁵ Damit konnte das beträchtliche Anwachsen einer faschistischen Massenbewegung und ihre zunehmende Akzeptanz und Anziehungskraft für unterschiedliche Bevölkerungsschichten nur unzureichend erklärt werden. Die Komintern und die KPD entwickelten zunächst kein politisches Konzept, um der sich rasch ausbreitenden nationalsozialistischen Bewegung wirksam zu begegnen. Der politische Hauptfeind blieb, nach den Leitlinien des VI. Weltkongresses der Komintern im Jahre 1928, die Sozialdemokratie. Deren nachhaltiger Einfluß in der Arbeiterschaft bildete das entscheidende Hindernis für die KPD, die Mehrheit im proletarischen Milieu zu erringen und damit ihre von der Komintern einge-

forderte proletarische Hegemonie auszuüben. Tiefe mentale und ideologische Gräben trennten die beiden vor allem im Arbeitermilieu verwurzelten Parteien. Die KPD verurteilte den von der SPD im Ersten Weltkrieg vertretenen »Sozialpatriotismus« und »Sozialchauvinismus« und den »Verrat« der Mehrheitssozialisten an der Novemberrevolution. Außerdem lastete sie den sozialdemokratischen Führern auch die Verantwortung für die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1919 an. Die polizeiliche Durchsetzung des Verbots der Kundgebungen am 1. Mai 1929 hinterließ in Berlin 29 Tote. Diese von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel zu verantwortende Aktion bestärkte die Kommunisten in ihrem unerbittlichen Konfrontationskurs gegenüber den Sozialdemokraten.

Auf dem XII. Parteitag der KPD im Juni 1929 erklärte Ernst Thälmann, daß die Sozialdemokratie »überall zum stärksten Hebel der faschistischen Entwicklung geworden« sei.⁶ Für Paul Merker war der Sozialfaschismus und nicht der Nationalfaschismus der Hauptfeind und deshalb müßten auch die „unteren sozialdemokratischen Funktionäre als Hauptfeinde angesehen und bekämpft werden.“⁷ Zwar wandte sich Hermann Remmele gegen solche übersteigerten linksradikalen Auffassungen, die so gut wie alle Erscheinungen im politischen Leben als Sozialfaschismus bezeichneten, und »vor lauter Sozialfaschismus den Nationalfaschismus nicht sehen«. Er blieb jedoch bei der generellen Charakterisierung der Sozialdemokratie als sozialfaschistisch. Tatsächlich sei der Sozialfaschismus nichts anderes als »Faschismus in der Tat und Sozialismus in der Phrase«.⁸

Der Hauptkampf der KPD richtete sich – trotz unübersehbarer nationalsozialistischer Wahlerfolge im Jahre 1929/30 – weiterhin gegen die SPD und auf eine Liquidierung der ihr nahestehenden Massenorganisationen. Die ständig proklamierte »antifaschistische Einheitsfront von unten« diente mehr als Vehikel, um die zahlreichen im Arbeitermilieu verwurzelten sozialdemokratischen Anhänger für die KPD zu gewinnen. Die Sozialfaschismuspolemik führte zu einer eingegengten und sich als verhängnisvoll erweisenden antifaschistischen Strategie, in der die Sozialdemokratie keinen Platz haben sollte, weil sie niemals eine zuverlässige Bundesgenossin des gegen den Faschismus kämpfenden Proletariates sein konnte. Der »Antifaschismus« wurde zu einem Kampfbegriff der kommunistischen Bewegung nicht nur gegen faschistische Parteien und Organisationen, sondern auch gegen die Weimarer Republik und die sie tragenden politischen Kräfte.

Die nationalsozialistische Offensive

Seit 1928/29 wurde die KPD mit einer zunehmend gewalttätig operierenden und selbstbewußt auftrumpfenden Nazi-Bewegung konfrontiert. Besorgt informierte im Oktober 1929 Fritz Schulte, ein KPD-Führer aus dem Rheinland, über einen zunehmenden Einbruch der »Nazis« in das proletarische Lager. Es sei nicht gelungen, die Gesamtpartei und die Arbeiterschaft auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus einzustellen. Aus einer ehemaligen Sekte, aus lumpenproletarischen Elementen, aus verkrachten Kleinbür-

6 Ernst Thälmann: Zum XII. Parteitag (8.6.1929), in: Thälmann: Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1956, S. 52.

7 Paul Merker: Der Kampf gegen den Faschismus, in: Die Internationale 13, 1930, S. 264.

8 Hermann Remmele: Schritthalten! Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden? in: Die Internationale 13, 1930, S. 141f.

gern sei eine Massenpartei entstanden. Bei den Massen, die zu den »Nationalfaschisten« stießen, handele es sich nicht um existenzlose Offiziere, sondern um bedrückte kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Elemente, um unklare Beamte und Angestellte wie auch um breite Schichten oft sehr aktiv gestimmter Arbeiter. Diese Massen erreiche der Nationalsozialismus durch geschickte radikale Phrasen, durch eine freche heuchlerische, aber auch sehr geschickte Demagogie, die sich der jeweiligen Situation, dem Ort und der Mentalität der einzufangenden Schichten anpasse. Es seien aktive Elemente in dieser Partei, die in der KPD sehr gut gebraucht werden könnten, wenn es gelänge, sie zu gewinnen. Zu den Aktivisten gehörten Männer, die bis Mitte der zwanziger Jahre Mitglieder der KPD gewesen seien und wegen des ultralinken Kurses von Ruth Fischer ausgetreten seien. Schulte wünschte sich den auch mit Demonstrationen und gewalttätigen Gegenaktionen nicht zu brechenden Fanatismus der Nazis in den eigenen Reihen.⁹

9 Vgl. SAPMO-BArch, RY/II/2/1/74, Bl. 215ff.

Hier wuchs außerhalb des bisherigen sozialdemokratischen Hauptfeindes eine radikale Alternative heran, eine unübersehbare Konkurrenz zum eigenen Einfluß in der Arbeiterschaft. Die Nazis übernahmen bedenkenlos Parolen, Agitations- und Aktionsformen der Kommunisten. Aber noch war in der Komintern und in der KPD-Führung die Meinung verbreitet, das rasche Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung sei nur vorübergehender Natur. Die KPD-Führung verharrte in den alten Erklärungsmustern, verwies auf die Gemeinsamkeiten von Sozialdemokratie und Faschismus und bekräftigte die »Todfeindschaft« gegenüber dem »sozialfaschistischen« wie auch dem »nationalfaschistischen« Lager.

Heinz Neumann reaktivierte im Herbst 1929 die bereits 1924 verbreitete martialische Losung »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!«¹⁰ Mit diesem einprägsamen Schlachtruf war eine inzwischen zur Massenbewegung angewachsene politische Kraft weder zu bekämpfen, geschweige denn zu »zerschmettern«. Diese Attacken festigten die nationalsozialistischen Reihen. Sie wirkten der Verbreiterung des kommunistischen Masseneinflusses entgegen und wurden Anfang Juni 1930 zurückgenommen.

10 Rote Fahne vom 5.11.1929. Ferner Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (im weiteren BLHA), St 22/151, Bl. 67. H. Neumann rief am 28.10.1929 den Antifaschistischen Jungen Garden zu: »Schlagt die Nationalfaschisten, Sozialfaschisten und Stahlhelmhorden, wo ihr sie trefft!«

Die Scheu vor der nationalen Frage

Die nationalistische Propaganda wurde von den Anhängern und Wählern der NSDAP am stärksten honoriert. Mit dem proletarischen Internationalismus, in dessen Mittelpunkt die Verteidigung der Sowjetunion stand, gelang es der KPD nur unzureichend, eine öffentlichkeitswirksame Gegenposition aufzubauen. Zwiespältig waren ihre kompromißlose Ablehnung der Versailler Friedensverträge, die scharfe Zurückweisung des Young-Plans, die Verweigerung jeglicher Reparationszahlungen und die Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Diese Positionen sollten ihr nationales Engagement überzeugend glaubhaft machen. Aber wer vehement gegen Reparationen für den verlorengegangenen Krieg auftrat, den Deutschland mit zu verantworten hatte, konnte sich von analogen Auffassungen rechter Parteien nicht überzeugend abgrenzen. Die Kommunisten bekämpften die kapitalistische Nation, weil sie Ausdruck imperialistischer Klassenherr-

schaft war. Eine wirkliche Nation – frei von Ausbeutung – konnte ihrer Auffassung nach erst nach dem Sturz des Kapitalismus entstehen. Eine Meinungsbildung zu der komplizierten politischen, kulturellen und mentalen nationalen Begrifflichkeit fand in kommunistischen Reihen kaum statt. Die Auseinandersetzungen zur nationalen Frage waren überwiegend Debatten zur Abgrenzung von nationalkommunistischen Auffassungen. Die KPD-Führung hatte deren Protagonisten wiederholt aus der Partei ausgeschlossen.¹¹

Der Hauptfeind stand für die kommunistischen Funktionäre im eigenen Land. Nationales Sinnen und Fühlen lag den meisten fern. Sie betrachteten sich nicht als deutsche Patrioten, sondern als Internationalisten, die gemeinsam mit den anderen kommunistischen Parteien in einer Weltrevolution den Untergang des kapitalistischen Systems besiegeln wollten. Auf den Kurs der Kommunistischen Internationale in Moskau eingeschworen, verstand sich die KPD als eine Sektion der internationalen Arbeiterbewegung. Die strategischen und taktischen Entscheidungsprozesse der deutschen Partei wurden von übergeordneten Interessen der Komintern und zunehmend der KPdSU beeinflusst und überlagert. In der Sowjetunion sahen viele Kommunisten ihr Vaterland, den Beweis für eine Gesellschaft ohne Krisen und ohne Ausbeutung. Ihre Existenz verkörperte zugleich die reale Hoffnung auf einen möglichen revolutionären Umschwung in Deutschland, der dann auf Westeuropa übergreifen könnte.

Ernst Thälmann beklagte auf dem Juliplenium 1930, daß es eine große Scheu in »unseren Reihen« gebe, die nationale Frage aufzuwerfen. Kommunistische Funktionäre befürchteten, als Opportunisten zu gelten, wenn sie gegen ausländische Knechtschaft und für die Freiheit der Nation agitieren sollten. Verunsichert verlangten Mitglieder des Zentralkomitees eine einheitliche Sprachregelung in Form eines Referentenmaterials.¹²

Die Unsicherheit im Umgang mit der nationalen Frage war auch auf theoretische Defizite und daraus resultierende Erkenntnis-schranken zurückzuführen. Eine Theorie des Nationalen ist bei Marx und Engels nicht zu entdecken. Sie waren davon ausgegangen, daß mit der Handelsfreiheit und dem Weltmarkt nationale Besonderheiten und Gegensätze immer mehr zurückgehen und mit der Herrschaft des Proletariats endgültig verschwinden würden. Diese auch von Karl Kautsky tradierte Sicht, Rosa Luxemburgs Distanz zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen¹³, Lenins Verurteilung der deutschen »Sozialchauvinisten« im Ersten Weltkrieg und Stalins vereinfachende Thesen¹⁴ hatten das Denken kommunistischer Funktionäre geprägt. Viele der Linken in der SPD hatten unter Karl Liebknecht dem nationalistischen Massenrausch in den Augusttagen des Jahres 1914 widerstanden. Sie gehörten später zu den Gründern der KPD. Die aus der Kriegsgeneration zur kommunistischen Bewegung stießen, hatten an den Fronten oder in der Heimat erlebt, daß die nationalen Verheißungen sich nicht erfüllten. Der Kommunismus bot den Enttäuschten nach dem Krieg eine neue Perspektive: Die Welt teilt sich nicht in Nationen, sondern in Klassen. Eine Veränderung der sozialen Verhältnisse wird auch eine Befreiung der Arbeiter herbeiführen.

Die Wurzeln nationalistischer Sehnsüchte lagen in Deutschland

11 Siehe Werner Bramke: Die nationale Frage in der Politik der KPD (1929-1933), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im weiteren BzG), 1982, H. 4, S. 499-513. Zum deutschen Nationalkommunismus: Otto-Ernst Schüddekopf: Nationalbolschewismus in Deutschland, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1972; L. Dupeux: Nationalbolschewismus in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, Frankfurt a.M., Olten, Wien 1985; ferner die Schriften von Heinrich Laufenberg: Die Hamburger Revolution, Hamburg 1919, Nachdruck Mainz 1985; Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim: Nation und Arbeiterklasse, Hamburg 1920, Nachdruck Mainz 1985.

12 Vgl. SAPMO-BArch, RY I/2/1/77, Sitzung des ZK der KPD am 16./17.7.1930.

13 Rosa Luxemburg: Die nationale Frage und die Autonomie, Berlin 1909; ferner Junius: Die Krise der Sozialdemokratie, in Rosa Luxemburg, Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 129ff.

14 J. Stalin: Die nationale Frage, in: Fragen des Leninismus, Berlin 1950, S. 62-71.

15 Jürgen Danyel: Alternativen nationalen Denkens vor 1933, in: Der »gegner«-Kreis im Jahre 1932/33. Ein Kapitel aus der Vorgeschichte des Widerstands, Evangelische Akademie Berlin-West; Hans Coppi, Jürgen Danyel (Hrsg.), Berlin 1991.

16 Resolution des Politbüros des ZK der KPD über den Kampf gegen den Faschismus vom 4. Juni 1930, in: Die Rote Fahne vom 15.6.1930.

17 SAPMO-BArch, RY 5/16/10/216, Bl. 193-204. Ferner: SAPMO-BArch, RY 5/16/10/39, Bl. 65. Siehe auch Ossip Pjatnitski: Die Arbeit der KP Frankreichs und Deutschlands, in: Die KI, 13, 1932, Heft 15/16, S. 1178: »Hätte unsere Partei nicht mit Hilfe des EKKI ihr Programm der nationalen und sozialen Befreiung veröffentlicht.«

18 Vgl. Babette Groß: Willy Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1968, S. 224. Ferner: T. Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929-1934, Berlin 1970, S. 42; Adolf Ehrh: Totale Krise – totale Revolution? Die »schwarze Front« des völkischen Nationalismus, Berlin 1933, S. 45; Georg Schwarz: Völker hört die Signale. KPD bankrott, Berlin 1933, S. 201.

19 Der Kampf gegen den Nationalfaschismus in Deutschland, in: Die KI, 1930, Nr. 29/30 v. 13.8. 1930, S. 1597f. Der KPD-Nachrichtendienst orientierte darauf, die im Juli 1930 aus der NSDAP austretenden Mitglieder nicht in die KPD

tiefer, als die Kommunisten es wahrhaben wollten. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg, der Versailler Vertrag und die mit ihm verbundenen Reparationslasten, die Politik der westlichen Siegermächte und schließlich die innenpolitische Situation mit periodisch wiederkehrenden parlamentarischen Ohnmachtsituationen und den Binnenwirkungen der Weltwirtschaftskrise schufen den Boden dafür, daß die nationale Frage in Deutschland, einem Prisma gleich, zum Bündelungspunkt aller wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme wurde.¹⁵ Dieses Thema hatte sich die Rechte weitgehend angenommen. Die »Nation« war zu einem Ding an sich geworden. Die KPD mußte darauf reagieren und einen Weg finden, das Thema aufzunehmen.

Die Programmklärung: Mobilisierung und Zersetzung

Um dem unübersehbaren Aufschwung der NS-Bewegung, der sich sowohl bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg/Schwerin als auch bei den preußischen Gemeinde- und Provincialwahlen fortsetzte, entgegenzuwirken, versuchte die KPD, ab Sommer 1930 ihren »ideologischen Kampf« gegen die NSDAP zu verstärken, deren Themen aufzunehmen und auf diese Weise in ihre, vorwiegend kleinbürgerliche, Gefolgschaft einzudringen. Es wurde darauf orientiert, den Differenzierungs- und Zersetzungsprozeß zu forcieren sowie breitere Schichten von Anhängern, Mitläufern und Wählern von der faschistischen Bewegung loszulösen.¹⁶ Nachdem am 18. Juli 1930 der Reichstag aufgelöst wurde, beschäftigte sich am 21. Juli 1930 die Politische Kommission des Exekutivkomitees der Komintern erstmals mit dem stürmischen Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Die NSDAP war in der bevorstehenden Wahlkampagne zu einem der Hauptkonkurrenten und zu einem der gefährlichsten Feinde geworden. Deshalb sollte die KPD mit einem klaren proletarischen Programm, das einen überzeugenden Ausweg aus der Krise aufzeigen sollte, auftreten. Der vom Mitteleuropäischen Sekretariat der Komintern bereits im April konzipierte Entwurf einer Deklaration für den Kampf gegen die Nationalsozialisten wurde dem ZK der KPD als Anregung für ihre bevorstehende Wahlkampagne übermittelt.¹⁷ Die Programmklärung folgte nach einer mehr stilistischen als inhaltlichen Überarbeitung in den wesentlichen Teilen der übermittelten Deklaration. Damit muß die immer wieder Heinz Neumann zugeschriebene Urheberchaft in Frage gestellt werden.¹⁸

Die eingeleiteten Aktivitäten waren auch eine Reaktion auf den Anfang Juli vollzogenen Schritt Otto Strassers, sich von Hitler und der NSDAP zu trennen. Die KPD wollte den Spaltungsprozeß vertiefen, bekämpfte zugleich die neugebildeten Strasser-Gruppen. Den mit antikapitalistischen und antikommunistischen Parolen operierenden Strasser hielt die Kominternführung in dieser Zeit für weit gefährlicher als die von Hitler betriebene Politik.¹⁹

Ende August 1930 ging die KPD-Führung mit der »Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« in die propagandistische Offensive.²⁰ Dieses später in den Rang eines Programms erhobene Dokument war vorher in keinem Parteigremium beraten worden. Es stellte auch keine strategische

Neuorientierung dar. Der grundlegende antisozialdemokratische Kurs blieb bestehen. Es handelte sich um ein Wahlmanifest, das jedoch eine Ergänzung bzw. eine Richtungsänderung kommunistischer Taktik in Deutschland einleitete.²¹

Die KPD richtete erstmals ihren Hauptstoß eindeutig gegen die NSDAP, auch wenn sie die Verantwortung für den bisherigen Aufschwung der NS-Bewegung vor allem den Sozialdemokraten und den Regierungsparteien anlastete. Außenpolitisch verlangte sie die »Zerreißung« der Versailler Verträge, die Annullierung der Reparationen und aller internationaler Schulden sowie die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen. Der Versailler Friedensvertrag wurde in seiner Gesamtheit abgelehnt, auch die darin festgeschriebenen Grenzen. Man wollte den territorialen Status quo erst nach Zustimmung der dort lebenden »werk tätigen Massen« anerkennen. Der außenpolitischen Erklärung schlossen sich innenpolitische Forderungen an, die auf die antikapitalistische Stimmungslage der nationalsozialistischen Wähler abgestimmt waren und teilweise noch über die Wahlversprechen der NSDAP hinausgingen.

Die Kommunisten warfen den Nationalsozialisten Verrat nationaler Interessen vor. Es gelang jedoch nicht, deren nationalistische und zugleich antikapitalistische Demagogie zu entlarven, eine Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und Rassismus unterblieb völlig. Auf antikapitalistische Scheinargumente wie der »Brechung der Zinsherrschaft« und einer »ständischen Wirtschaftsordnung« wurde nicht eingegangen. Der völkische und reaktionäre Ideengehalt, die rückwärtsgewandten antikapitalistischen Utopien, die Kulturpolitik, der Führerkult, der Volksgemeinschafts-Mythos, die Frauenfeindlichkeit und die undemokratischen Strukturen in der NSDAP wurden nicht aufgegriffen, die Kriegsschuldfrage, die Haltung zu Polen und zu den Ostgrenzen nicht thematisiert. Statt die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses gegen die bedrohlich anwachsende nationalsozialistische Bewegung herauszustellen, appellierte die KPD an »Werk tätige« und »Arbeiter«, entschlossen und endgültig mit dem Nationalsozialismus und der verräterischen Sozialdemokratie zu brechen und eine revolutionäre Millionenfront mit den Kommunisten zum Kampf für die proletarische Diktatur und für ein Sowjetdeutschland zu bilden.²²

Das national gefärbte Wahlprogramm der KPD erregte beträchtliches Aufsehen. In einem kühnen dialektischen Sprung präsentierte sich die Partei des proletarischen Internationalismus nunmehr als Sachwalterin der Nation und deklarierte ihre auf einen revolutionären Umsturz ausgerichtete Politik als nationalen Befreiungskampf. Sie pries sich als einzig wahre Vertreterin der Interessen des deutschen Volkes. Eine soziale Revolution sollte den Ausweg aus der Krise und schließlich auch die nationale Befreiung bringen. Der nationalbetonte Schwenk der KPD mit heftigen Angriffen gegen die Folgen des verlorenen Krieges war so neu nicht. Im November 1923 auf dem Höhepunkt der Inflation hatte sie sich als »Partei der nationalen Rettung« empfohlen.²³ Die patriotische Rückbesinnung war in der kommunistischen Bewegung durchaus umstritten und galt eigentlich mit den Zielen der Weltrevolution als nicht vereinbar.

Mit dem »Freiheitsprogramm« – der zeitgenössischen kommuni-

aufzunehmen, sondern sie zur »Zersetzungsarbeit« zu erziehen. Siehe BA-Berlin-Lichterfelde, St 10/152.

20 Siehe Die Rote Fahne vom 24.8.1930. Ernst Thälmann hatte im Schlußwort auf der ZK-Sitzung am 16.7.1930 davon gesprochen, ein Flugblatt in Form eines Manifestes herauszugeben, um die Frage des Youngplans offensiver zu stellen. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/2/1/77, a.a.O., Bl. 425. Die Komintern beklagte Mitte August, daß die KPD über kein Programm des Auswegs aus der Krise verfüge, in: Die KI, 1930, Nr. 29/30 v. 13.8.1930, S. 1596.

21 Einzelne Funktionäre der KPD bemühten sich in dieser Zeit, den »Sozialfaschismus« stärker vom »eigentlichen Faschismus« abzugrenzen. Hierzu auch Werner Bramke: Das Faschismusbild in der KPD Mitte 1929 bis Anfang 1931, in: BzG, 1986, H. 5., S. 612 ff.

22 Siehe Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin 1964, S. 119-154.

23 Internationale Pressekorrespondenz, Nr. 45 v. 10.11.1923.

24 Werner Bramke: Die Anhängerschaft des Faschismus in den Analysen der SPD und KPD 1929-1933, in: Arbeiterbewegung und Faschismus: Faschismusinterpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung; Helga Grebing u.a. (Hg.), 1990, Essen, S. 258.

25 Theodor Geiger: Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit, 1930, Nr. 10. Neuere Untersuchungen bei Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler, München 1991.

26 Hermann Remmele: Das Fazit der Septemberwahlen, in: Die Internationale 13, 1930, Heft 18, S. 545ff.

27 Ernst Thälmann: Unser Weg zur Freiheit, in: Die Rote Fahne v. 20.9.1930.

28 Rundschreiben Nr. 12. Anweisungen des Sekretariats vom 18.9.1930, in: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933, H.Weber (Hrsg.), Düsseldorf 1981, S. 204ff.

stischen Umschreibung – versuchte die KPD, sich vor den Septemberwahlen 1930 an den bisher von ihr weitgehend vernachlässigten Mittelstand zu wenden, einen weiteren Einbruch der Nationalsozialisten in das proletarische Milieu zu verhindern, den Zersetzungsprozeß in der NSDAP zu fördern und oppositionelle Kräfte in die eigenen Reihen zu lenken. Der in dem nationalsozialistischen Massenanhang sich artikulierende Mittelschichtenprotest wurde im Sommer 1930 vielfach als fehlgeleitete Linksentwicklung gedeutet.²⁴ Die politisierten und radikalisierten Anhänger der NSDAP würden sich eines Tages enttäuscht der entschiedenem Linken zuwenden. Auch diese Hoffnung trog.

Die angestrebte nationalrevolutionäre Mobilisierung mißlang, auch wenn der neue Kurs für die KPD durchaus erfolgreich war. Fast 1,4 Millionen Wählerinnen und Wähler wurden vor allem aus dem Lager der SPD hinzugewonnen, die Zahl ihrer Reichstagsabgeordneten stieg von 54 auf 77. Der überwältigende Sieger der Septemberwahl 1930 war jedoch die NSDAP: Statt mit 12 konnte sie jetzt mit 107 Abgeordneten in den Reichstag einziehen und die zweitstärkste Fraktion bilden. Mit einer vermeintlichen Synthese von Nationalem und Sozialem war es ihr gelungen, eine über traditionelle soziale und politische Milieus hinauszielende Sprengkraft zu erlangen. Ihre unversöhnliche Protesthaltung zog Millionen Unzufriedener an: Anhänger von Parteien der bürgerlichen Mitte und Teile der Arbeiterschaft. Hier entstand eine klassenübergreifende Integrationspartei neuen Stils. Mit einer an Ausmaß, Organisiertheit und Aggressivität bisher nicht gekannten Massenagitation und Propaganda war es gelungen, besonders viele junge Leute und große Teile des »in Panik geratenen Mittelstandes«²⁵ auch gefühlsmäßig anzusprechen.

Statt einer kritischen und selbstkritischen Analyse dieses erdrutschartigen Wahlerfolges machten kommunistische Funktionäre euphorisch neue Konzentrationspunkte und Hegemonialmächte in der deutschen politischen Landschaft aus: das Proletariat unter Führung der Kommunisten und die Bourgeoisie unter Führung der Faschisten. Die KPD sah sich als einzige revolutionäre antifaschistische Kraft. Mit der schärfsten und rücksichtslosesten Bekämpfung des Faschismus wollte sie zugleich zur Vernichtung des »Sozialfaschismus« übergehen. Noch nie, frohlockte der stellvertretende KPD-Vorsitzende Hermann Remmele, sei die Partei der Erreichung ihres Zieles, der Eroberung der proletarischen Mehrheit, so nahe gewesen wie jetzt.²⁶

Die oppositionellen Kommunisten August Thalheimer und Leo Trotzki verurteilten die Unterschätzung des gewaltigen Wahlsieges der NSDAP. Sie befürchteten katastrophale Folgen für die Arbeiterbewegung. Die KPD-Führung wandte sich gegen jede »Panikmacherei«. Thälmann bezeichnete in seiner Wahlanalyse die NSDAP als ein heterogenes und widersprüchliches Gebilde, das bereits den Keim der Zersetzung in sich trage. Zum Massenanhang der NSDAP gehörten anti-kapitalistisch eingestellte Schichten, die, bereits proletarisiert, als Verbündete für das revolutionäre Proletariat gewonnen werden könnten.²⁷ Die Nazis waren der aktive konterrevolutionäre Kampftrupp, aber die gesamte Bourgeoisie und alle bürgerlichen Parteien, einschließlich die SPD, marschierten in der Lesart der KPD-Führung in beschleunigtem Tempo zum Faschismus.²⁸